

AMINA GAMAL | YAHYA ABU NIDAL

# SOLIDARITÄT MIT PALÄSTINA EINE EINFÜHRUNG



REVOLUTIONÄRE  
LINKE

€2,-



revolinks.de



revolutionaerelinke.de



RevLinke.de



Revolutionäre Linke

## Kontakt



+49 176 4175 3198



revolutionaerelinke@gmail.com

---

Amina Gamal, Yahya Abu Nidal

### **Solidarität mit Palästina Eine Einführung**

Erste Auflage

**REVOLUTIONÄRE LINKE**, Berlin 2023

Layout & Grafik: Karsten Schmitz

V. i. S. d. P.: Karsten Schmitz | Trift-  
straße 2 | 13353 Berlin

## Abbildung Deckel

Palästinensische Kinder schlagen  
2003 im Westjordanland einen is-  
raelischen Panzer mit Steinen in  
die Flucht.

## Abb. Rücken

30 000 Menschen protestieren am  
4. November 2023 auf dem Berli-  
ner Alexanderplatz gegen den is-  
raelischen Angriff auf den Gaza-  
streifen und fordern einen soforti-  
gen Waffenstillstand.

# inhalt

---



## **Einleitung**

2

## **Kolonialismus, Nakba, Apartheid**

Wer beherrschte Palästina, bevor der israelische Staat entstand? | Wollte der britische Imperialismus einen jüdischen Staat in Palästina schaffen? | Wie konnte der israelische Staat dennoch entstehen? | Die Gründung des israelischen Staates wird als ›Nakba‹ bezeichnet. Was heißt das? | Endete die Nakba 1948? | Ist die Situation in Palästina mit der Apartheid im Südafrika vor 1994 vergleichbar?

4

## **Zionismus**

Was ist Zionismus und woher kommt er? | Wie verhält sich der Zionismus zum Imperialismus? | Warum unterstützt der Westen Israel? | Weshalb ist Israels Armee so stark?

7

## **Das Recht auf Widerstand**

Antikolonialer Widerstand oder ›Terrorismus‹? | Gibt es linke und rechte nationale Befreiungsbewegungen? | Wo liegen die Wurzeln der Hamas? | Weshalb kontrolliert die Hamas den Gazastreifen? | Wie populär ist die Hamas in Gaza? | Kann Palästina auf rein militärischem Weg befreit werden?

10

## **Solidarität mit Palästina**

Was bedeutet bedingungslose Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf? | Bedeutet bedingungslose Solidarität eine kritiklose Befürwortung jeder Tat der palästinensischen Befreiungsbewegung?

15

## **Strategie und Taktik der Bewegung für Palästinasolidarität in Deutschland**

Warum brauchen wir eine ›Einheitsfrontpolitik‹ in der Palästinasolidaritätsarbeit? | Die Notwendigkeit der revolutionären Organisation

18

# EINLEITUNG

**G**aza ist zur »Hölle auf Erden« geworden. Das stellte Jens Laerke fest, Sprecher des UN-Amtes für Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA), nur vier Wochen nach Beginn des Kriegs zwischen der Hamas und der israelischen Armee am 7. Oktober 2023.

Die Fakten sind so einfach wie erschütternd. Israels Streitkräfte, die viertstärkste Armee der Welt, bombardierten über Monate eines der am dichtest besiedelten Gebiete der Erde. Sie rückten mit Panzern in das Gebiet vor. Sie stürmten und zerstörten unterschiedslos Häuser und Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen, Moscheen und Kirchen. Gleichzeitig schnitten sie die eingeschlossene Bevölkerung von der Stromversorgung ab und reduzierten Nahrungsmittel- und Medikamentenlieferungen massiv.

Angesichts dieses Vorgehens hat die südafrikanische Regierung Israel im Februar 2024 beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen des Verdachts auf Völkermord angeklagt. In der Anklageschrift heißt es unter anderem:

Israel hat Gaza in Schutt und Asche gelegt. Es setzt die Zerstörungen, die Ermordung und körperlichen Angriffe gegen die dort lebende Bevölkerung fort und zerstört ihre Lebensgrundlagen. [...] Ganze Stadtviertel wurden dem Erdboden gleichgemacht. 1,9 Millionen Menschen wurden aus ihren Häusern vertrieben. Das entspricht 85 Prozent seiner Bevölkerung.

Das israelische Militär treibt diese Flüchtlinge »in immer kleinere Gebiete, ohne angemessenen Schutz. Dort werden sie weiterhin angegriffen, getötet und verletzt«. Israel »blockiert den Zugang der belagerten palästinensischen Bevölkerung zu grundlegenden Lebensmitteln, Wasser, Medizin, Treibstoff, Unterkunft und anderer humanitärer Hilfe«. Israel ist verantwortlich für »den langsamen, stillen Tod, den Hunger und Durst über mehr Menschen bringen könnte, als bereits unter den israelischen Bomben und Raketen gestorben sind [...]«. Die Mehrheit des palästinensischen Volkes leidet Hunger, und die Zahl der Hungertoten steigt täglich.«

Die Anklageschrift enthält auch einige Aussagen führender israelischer Politiker. Der Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 wurde zur Rechtfertigung für die Forderung nach kollektiver Vertreibung und Auslöschung der palästinensischen Bevölkerung. Die Anklageschrift zitiert unter anderem Nissim Vaturi, stellvertretender Sprecher der Knesset: »Wir haben nun alle ein gemeinsames Ziel – den Gazastreifen vom Angesicht der Erde zu radieren«.

Wer in Deutschland angesichts dieses Ausmaßes an Unterdrückung und Leid Partei für die palästinensische Bevölkerung ergreift, hat dennoch mit scharfen Repressionen zu rechnen. Die von SPD-Kanzler Olaf Scholz und der grünen Außenministerin Annalena Baerbock geführte Bundesregierung unterstützte und unterstützt die

israelische Regierung im Krieg in Gaza politisch wie materiell. Während sich die deutschen Rüstungsexporte nach Israel in den ersten Monaten nach Ausbruch des Krieges verzehnfacht haben, wurde die humanitäre Hilfe für das in Palästina aktive Flüchtlingshilfswerk der UNRWA ausgesetzt. Aus Bundeswehrbeständen wurden stattdessen Panzergranaten geliefert, die die israelische Armee in die Wohngebiete Gazas abfeuert. Selbst Monate nach Beginn des Krieges sah die Bundesregierung keine Veranlassung, sich wenigstens verbal für einen Waffenstillstand einzusetzen.

Die Unterstützung des Völkermords an der palästinensischen Bevölkerung lässt sich schwer rechtfertigen. Deshalb versuchen Bundesregierung und Medien in Deutschland alles, um die Solidarität mit den palästinensischen Opfern des Krieges zu diskreditieren und zu kriminalisieren. Wer nicht schweigt, wird als »Antisemit« beschimpft. Wer Veranstaltungen oder Demonstrationen in Solidarität mit Palästina anmeldet, muss mit Verboten oder direkter staatlicher Verfolgung rechnen. Wer ein Ende von Genozid, ethnischer Säuberung, Siedlerkolonialismus oder Apartheid fordert, muss sich auf Anzeigen, Hausdurchsuchungen, der Kündigung von Veranstaltungsräumen oder den Verlust des Arbeitsplatzes einstellen.

In der Diskussion um die Solidarität mit Palästina und darum, wie Palästina befreit werden kann, geht viel durcheinander. Der historische Sachverhalt ist komplex. Zuweilen wird man mit akademischen Begriffen konfrontiert. Menschen, die den so genannten »Nahostkonflikt« nicht an einer Universität studiert haben, fühlen sich

häufig abgehängt oder überfordert. Die Art und Weise, wie deutsche Politik, Medien, Schulen und Universitäten mit dem Thema umgehen, trägt nicht gerade zu einer Klärung bei.

Dahinter steckt System. Die Ampelregierung und die mediale Berichterstattung verschleiern die Verbrechen Israels und die Ursachen der Gewaltspirale ganz bewusst. Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) forderte im November 2023 in einem Podcast in einer Art Brandrede die antikoloniale Linke ausdrücklich dazu auf, die Wurzeln des Konflikts *nicht* in den Blick zu nehmen. Die Aktivitäten der Hamas dürften nicht »kontextualisiert« werden. Das Ziel ist klar: Wer den Konflikt nicht versteht, der ist hilf- und ratlos angesichts der pro-israelischen Kriegspropaganda in den deutschen Medien.

Das Ziel dieser Broschüre ist genau das Gegenteil dessen, was sich die Ampelregierung von uns wünscht: Fragen zum so genannten »Nahostkonflikt« zu stellen, sie zu beantworten und den Krieg im Zusammenhang seiner Geschichte zu erklären.

Diese kurze Broschüre soll dazu dienen, einen Einstieg zu bieten, für alle, die sich nicht mit der Parole »es ist kompliziert« abspesen lassen wollen. Für alle, die merken, dass Flächenbombardements und zigtausende Tote, Entrechtung und Vertreibung keine »Selbstverteidigung« sein können, sich aber trotzdem bisher nicht fit genug für eine Diskussion gefühlt haben.

Dafür arbeiten wir uns mit der aufgeschlossenen Leserin und dem geneigten Leser durch die wichtigsten Schlagworte und Themenbereiche.

# KOLONIALISMUS, NAKBA, APARTHEID



**Juli 1948:** Die Bewohner von Ramleh (heute hebräisiert zu: Ramla [רמלה]) ergeben sich den zionistischen Milizen. Ihre anschließende Vertreibung erfolgt auf Befehl David Ben-Gurions, des ersten israelischen Ministerpräsidenten.

## **Wer beherrschte Palästina, bevor der Staat Israel entstand?**

Bis zum Ersten Weltkrieg (1914 – 1918) war Palästina Teil des Osmanischen Reiches. Das Osmanische Reich wurde vom Sultan in Istanbul beherrscht und war Verbündeter des Deutschen Reichs. Aus dem Ersten Weltkrieg gingen Großbritannien und Frankreich als Siegermächte hervor. Sie befreiten nicht die von den Osmanen im Nahen Osten unterdrückten Völker, sondern teilten das Gebiet als Kriegsbeute unter sich auf. Der französische Imperialismus erhielt die Kontrolle über Syrien und Libanon, Großbritannien erhielt ein »Mandat« über Palästina und Irak.

## **Wollte der britische Imperialismus einen jüdischen Staat in Palästina schaffen?**

Der britische Imperialismus betrieb eine Politik des Teile-und-Herrsche, um die Kontrolle über Palästina zu festigen. Während des Ersten Weltkriegs verbündete sich die Regierung in London mit Herrschern auf der arabischen Halbinsel und versprach ihnen die Kontrolle über den Nahen Osten und Jerusalem, wenn sie sich gegen die osmanischen Feinde erheben würden. Gleichzeitig schrieb der britische Außenminister Balfour der neu entstandenen zionistischen Bewegung im Jahr 1917, Großbritannien werde eine »jüdi-

sche Heimstatt« in Palästina einrichten. Die Zionisten waren eine europaweite, politisch rechts stehende jüdische Bewegung, die als Reaktion auf den Antisemitismus in Europa die Auswanderung und Kolonisierung Palästinas propagierte.

Nach dem Sieg über die Osmanen verriet der britische Imperialismus beide Seiten. Er versuchte, die eigene Mandats Herrschaft in Palästina als Mittler zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung darzustellen. Die zionistische Bewegung war Bündnispartner, wenn die einheimische arabische Bevölkerung der britischen Mandatsmacht Probleme bereitete. Ziel war es aber nicht, einen israelischen Staat zu schaffen, sondern die britische Herrschaft über das palästinensische Mandatsgebiet zu festigen.

### **Wie konnte der Staat Israel dennoch entstehen?**

Die Palästinenserinnen und Palästinenser standen wiederholt gegen den britischen Kolonialismus auf. Ihr Generalstreik und ihre Revolte von 1936 bis 1939 banden große Teile der britischen Armee, die den Aufstand schließlich unter Einsatz von 20 000 Soldaten, Panzern und Flugzeugen und mit der Hilfe zionistischer Milizen, vor allem der Haganah, niederschlug. Die Haganah bildete zehn Jahre später den Kern der israelischen Armee.

Auch wenn Großbritannien formal eine der Siegermächte im Zweiten Weltkrieg war, so ging der Staat doch geschwächt aus ihm hervor. In vielen Gebieten des Empire entwickelten sich nationale Befreiungsbewegungen, so dass das britische Kolonialreich schließlich auseinanderbrach. Die zionistische Bewegung nutzte diese Schwäche und begann, die britische Mandatsmacht in Palästina durch Terroranschläge

anzugreifen. Die Verabschiedung eines UN-Teilungsplan wurde 1947 genutzt, um Fakten zu schaffen und möglichst viele Gebiete Palästinas durch die Vertreibung der ansässigen arabischen Bevölkerung unter eigene Kontrolle zu bringen.

### **Die Gründung des israelischen Staates 1948 wird als »Nakba« bezeichnet. Was heißt das?**

Nakba heißt übersetzt »Katastrophe«. Sie bezeichnet die Urfahrung der Vertreibung als Volk aus der eigenen Heimat. Die zionistische Bewegung und ihre Milizen vertrieben im Jahr 1947/48 mehr als 750 000 Palästinenserinnen und Palästinenser, um sie im Staatsgebiet des 1948 gegründeten Israel zu einer »ethnischen« Minderheit zu machen. Bis heute verwehrt Israel ihnen und ihren Nachkommen das Recht auf Rückkehr. Viele ihrer Dörfer und Städte wurden ethnisch gesäubert, die Gebäude zerstört und die Namen von der Landkarte radiert. Palästinensische Olivenbäume wurden ausgerissen und landwirtschaftliche Güter enteignet. Palästinenserinnen und Palästinenser durften an Stelle ihrer alten zerstörten Häuser keine neuen Gebäude errichten, während der zionistische Staat seit 1948 immer mehr Land für immer neue jüdische Siedlungen raubte und raubt.

### **Endete die Nakba 1948?**

Der UN-Teilungsplan von 1947 sah einen »ethnisch« reinen jüdischen Staat vor, der viel kleiner als das spätere Israel war. Die zusätzlichen Gebiete wurden mit Mitteln des Terrors durch zionistische Milizen erobert. Seit der Staatsgründung Israels im Jahr 1948 ging diese Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung systematisch weiter. 1967 eroberte Israel in nur

sechs Tagen das Westjordanland, den Gazastreifen, Teile der Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel – Gebiete, die laut UN-Teilungsplan zu Syrien, Ägypten und Jordanien gehörten.

Der Sinai wurde später an Ägypten zurückgegeben und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) 1992 eine Teilautonomie über Orte im Westjordanland gewährt. Doch diese Schritte waren verbunden mit einem fortgesetzten, schrittweisen Vordringen im Westjordanland, wo sich die jüdischen Siedlungen seitdem vervielfacht haben.

Keine israelische Regierung hat je eine ›Zwei-Staaten-Lösung‹ verfolgt. Ziel war und ist die Errichtung eines ›ethnisch‹ einheitlichen jüdischen Staates über das gesamte ehemalige Mandatsgebiet vom Mittelmeer im Westen bis zum Fluss Jordan im Osten.

### **Ist die Situation in Palästina mit der Apartheid in Südafrika vor 1992 vergleichbar?**

Ja. Die Apartheid in Südafrika vor 1992 beruhte auf der systematischen Trennung der schwarzen von der weißen Bevölkerung und ihrer Diskriminierung – zum Nutzen der weißen Bosse. Israels Politik gegenüber den Palästinensern baut ebenfalls auf einem System der ›Rassen‹-Trennung auf, auch wenn die palästinensische Bevölkerung nicht aufgrund ihrer Hautfarbe, sondern wegen ihrer Herkunft, Religion und Sprache ausgegrenzt wird.

Im Westjordanland unterstehen Palästinenser strengem Militärrecht, Israelis dem Zivilrecht. Palästinenserinnen und Palästinenser, die innerhalb der Grenzen des offiziellen Staates Israel leben und über einen israelischen Pass verfügen, sind 67 Sondergesetzen unterworfen. Der israelische Staat fördert den Bau jüdischer Siedlungen auf

eigentlich palästinensischem Land und enteignet Häuser und Land von Palästinensern.

Die palästinensische Bevölkerung wird wie die Schwarzen in der Apartheid Südafrikas wirtschaftlich benachteiligt, politisch und rechtlich unterdrückt und dabei insbesondere ihrer Bewegungsfreiheit beraubt. So wird das Westjordanland durch immer mehr jüdische Siedlungen zerstückelt und von einer sechs bis acht Meter hohen Mauer durchzogen, die unüberwindbar ist und über 660 Kilometer Gebiete des historischen Palästina voneinander trennt. Es wird überdies durch ein Netz aus israelischen Fernstraßen, Checkpoints, Sperrgebieten und Straßenblockaden in unzählige Fragmente geteilt, die palästinensische Bauern am Zugang zu ihren Feldern behindern und Studierende an dem zu ihren Universitäten.

Schon vor dem Angriff Israels auf Gaza 2023 war der Küstenstreifen faktisch das größte Freiluftgefängnis der Welt, wo über zwei Millionen Menschen auf engstem Raum zusammengepfercht sind. Die Lebensbedingungen unter israelischer Blockade und Besatzung machen das Leben dort schon seit langem zur Hölle. Ein- und Ausfahren begrenzt der israelische Staat ebenso willkürlich wie die Nahrungs-, Strom- und Wasserversorgung. Das hat Konsequenzen: Das durchschnittliche Monatseinkommen beläuft sich in den so genannten palästinensischen Autonomiegebieten mit 355 Euro auf knapp ein Zehntel des israelischen. Die Arbeitslosenquote erreicht mit 25,7 Prozent das Siebenfache von der Israels. Und die Lebenserwartung von Palästinenserinnen und Palästinensern liegt etwa 10 Jahre unter der jüdischer Israelis.

Seit 2018 definiert sich Israel offiziell als jüdisch – und macht damit muslimische und christliche Palästinenser auch symbolisch zu Bürgern zweiter Klasse. Israel ist ein Apartheidsstaat.

# ZIONISMUS

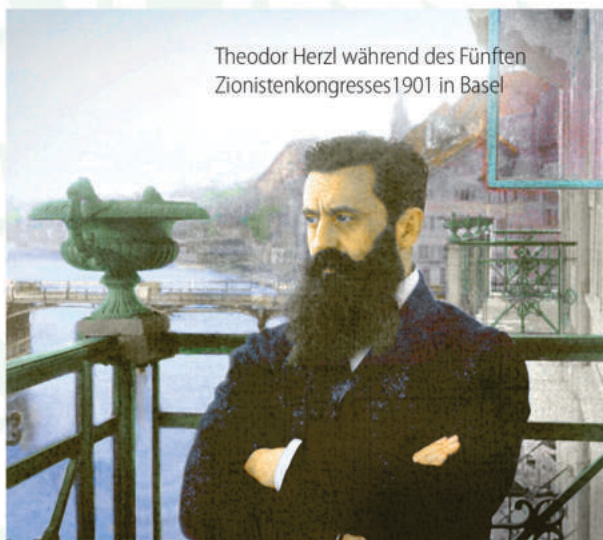
## Was ist Zionismus und woher kommt er?

Mit dem Aufstieg des Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts entstanden Rassenideologien. So konnte die Eroberung von Kolonien begründet werden. Der Antisemitismus war eine der Formen dieses Rassismus. Russische Zaren nutzten die Ausgrenzung der Juden in eigene Ghettos, um sie zu Sündenböcken für sozialen Unmut zu machen. Anti-jüdische Hetzjagden (Pogrome) waren die Folge. In Frankreich wurden Juden im Grenzkonflikt mit Deutschland pauschal als deutsche Spione verdächtig.

Die zionistische Bewegung propagierte die Auswanderung und den Aufbau eines rein jüdischen Staats als Ausweg. Sie war eine Reaktion auf die Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts – ohne mit der Logik des Imperialismus und Rassismus zu brechen. Im Gegenteil, der Begründer des politischen Zionismus, Theodor Herzl, bot sich sowohl dem russischen Zaren als auch dem deutschen Kaiser als Bündnispartner gegen die erstarkende sozialistische Bewegung an. Er schrieb 1908 an den deutschen Kaiser Wilhelm II., die Auswanderung der Jüdinnen und Juden in einen eigenen Staat beuge »einem Umsturz vor, der vielleicht schwer zu begrenzen wäre, schwäch[t] den Sozialismus, dem die bedrängten Juden zulaufen müssen [...]« In seiner Hauptschrift *Der Judenstaat* bedauert er: »[D]ie gebildeten und besitzlosen Juden fallen jetzt alle dem Sozialismus zu.« Tatsächlich waren viele der Persönlichkeiten der so-

zialistischen und kommunistischen Bewegung jüdischer Herkunft, darunter Karl Marx, Leo Trotzki und Rosa Luxemburg. Und viele andere Juden sahen in der sozialistischen Bewegung den Ausweg aus ihrer Unterdrückung; der Zionismus fand weit weniger Anhänger.

Statt in ihren Ländern gegen die eigene Unterdrückung zu kämpfen, sollten sich Jüdinnen und Juden, so die zionistische Ideologie, damit abfinden, dass der Antisemitismus nicht zu beseitigen sei. Dazu Herzl: »In Paris gelangte ich zu einer freieren Einstel-



Theodor Herzl während des Fünften Zionistenkongresses 1901 in Basel

lung zum Antisemitismus; ich begann, ihn historisch zu verstehen und ihm zu verzeihen. Vor allem erkannte ich, wie sinn- und nutzlos der Versuch ist, den Antisemitismus zu bekämpfen.«

Die zionistische Bewegung diskutierte verschiedene Länder als mögliche Orte für die Auswanderung, darunter auch Uganda und Argentinien. Die Wahl fiel auf Palästina, weil es sich biblisch verklären ließ. Die mythische Losung der zionistischen Bewegung lautete: »Ein Land ohne Volk, für ein Volk ohne Land«. Tatsächlich lebte in Palästina jedoch schon eine einheimische Bevölkerung. Um diese zu verdrängen, wurde Land angekauft, auf dem nur jüdische Arbeitskräfte arbeiten sollten. Es wurden jüdische Unternehmen gegründet, die nur jüdische Arbeitskräfte einstellten. Es wurde eine rein jüdische Gewerkschaft aufgebaut (die Histadrut), die Positionen vertrat wie »Jüdische Arbeit für Juden« und »Kauft nicht bei Arabern«. Später kamen dann Methoden der Verdrängung durch Gewalt hinzu.

### Wie verhält sich der Zionismus zum Imperialismus?

Die zionistische Bewegung verstand sich von Beginn an als Bündnispartnerin der jeweils vorherrschenden imperialistischen Macht vor Ort – unabhängig davon, wie antisemitisch die Politik deren Herrschender war. Sie bat wichtige imperialistische Mächte jener Zeit – Russland, das Osmanische Reich, Deutschland, Großbritannien – um Beistand bei der Errichtung eines jüdisch-zionistischen Staates. Umgekehrt entwickelte sich der neu gegründete zionistische Staat zu einem Außenposten des Imperialismus in Palästina. Großbritannien, das Palästina nach dem Ersten Weltkrieg besetzte, sah im Zionismus einen wichtigen Verbündeten im Kampf gegen die palästinensische Unabhängigkeitsbewegung und die antikolonialen Bewegungen in arabischen Ländern. Ebenso sahen Antisemiten und Vertreter des britischen Imperialismus wie Winston Churchill und Mark Sykes in

der Bewegung Verbündete, um britische und französische Jüdinnen und Juden unter dem Vorwand des Völkerrechts aus den eigenen Ländern deportieren zu können. Seit 1956 hat Israel in enger militärischer, wirtschaftlicher und politischer Kooperation mit den USA seinen Beitrag zum Erhalt der Vorherrschaft des westlichen Imperialismus in der arabischen Welt geleistet.

### Warum unterstützt der Westen Israel?

Eine der wesentlichen Gründe für die Unterstützung Israels durch den Westen war Jahrzehnte hinweg die Kontrolle über das Erdöl in der Region. In den 50er Jahren wurde der pro-westliche Diktator im Iran durch eine Volksbewegung gestürzt und im Irak gab es eine Revolution – beides verbunden mit einer Verstaatlichung der anglo-amerikanischen Ölgesellschaften. Diese Ereignisse verdeutlichten den USA und ihren Verbündeten, dass kein Regime in der Region zuverlässig ihre imperialistischen Interessen schützen kann. 1979 mussten die USA hilflos mit ansehen, wie im Iran erst der verbündete Schah gestürzt und dann die Angestellten der US-Botschaft in Teheran zu Geiseln gemacht wurden.

#### ISRAEL - KETTENHUND DES IMPERIALISMUS

- 1956** Britische, französische und israelische Armee greifen Ägypten an, um die Unabhängigkeitsbestrebungen seines Präsidenten Nasser zu durchkreuzen. Dafür erhält Israel Rüstungsgüter und Zugang zu französischem Atomwaffen-Know-how.
- 1973** In einer Förderdrosselung, mit der arabische Erdölländer sich unabhängiger von imperialistischen Abnehmern machen wollen, werden sie von Israel, hochgerüstet durch die USA, besiegt.
- 1982** Mit Unterstützung der USA marschiert Israel in den Libanon ein, um die dort sitzende PLO zu zerschlagen. Zehntausende werden getötet, palästinensische Flüchtlinge in Lagern massakriert.

Israel bot den Vorteil, dass sein Kolonialismus es in einer feindseligen Umgebung zu einem abhängigen und deshalb ergebenen Verbündeten des Westens macht, der die Region militärisch in Schach halten kann.

Heute sind die USA weniger als Abnehmer auf das Erdöl aus dem Nahen und Mittleren Osten angewiesen als vielmehr zur Kontrolle der internationalen Petroleumströme. Denn ihre imperialistischen Konkurrenten, insbesondere China, sind stark abhängig vom fossilen Brennstoff.

Wie wichtig die Beherrschung der Region für den westlichen Imperialismus bleibt, zeigt auch der aktuelle Konflikt um die angrenzenden Seewege. Das Rote Meer und der Suez-Kanal sind wichtige Nadelöhere des internationalen Handelsverkehrs zwischen Ostasien und Europa. Nachdem die im Jemen herrschenden Huthis passierende Handelsschiffe des Westens im Golf von Aden angegriffen haben, um einen Waffenstillstand in Gaza zu erzwingen, haben die USA und ihre Verbündeten in der NATO zur Strafe hunderte Ziele im Jemen bombardiert – einem der ärmsten Länder der Welt.

### **Weshalb ist Israels Armee so stark?**

Kein Land der Welt hat mehr US-amerikanische Militärhilfe erhalten als Israel. Seit 1967 summiert sich diese Hilfe auf mehr als 120 Milliarden Dollar. Nach wie vor beläuft sich diese auf knapp vier Milliarden jährlich.

Trotz aller Kritik der US-Regierung an Netanjahu hat sich daran nichts geändert. Verbal warnte US-Präsident Biden im März 2023 vor einem Angriff auf die mit Flüchtlingen überfüllte Stadt Rafah im Süden des Gazastreifens. Gleichzeitig bewilligte die US-Regierung ein neues militärisches Hilfspaket für Israel. Teil des

Pakets im Milliardenwert waren mehr als 1800 sogenannte MK-84- sowie 500 MK-82-Bomben, die im Krieg auf Gaza eingesetzt werden.

Dabei gehört die israelische Rüstungsindustrie inzwischen zu den größten der Welt und hat in einigen Bereichen auch Europa überholt. Mehr als 150 israelische Firmen sind in diesem Sektor tätig. Zu den wichtigsten gehören die beiden halbstaatlichen Unternehmen Israel Aerospace Industries und Rafael Advanced Defense Systems sowie die private Firma Elbit Systems. Sie versorgen das Militär mit Drohnen, Abwehrraketen sowie dem Raketenabwehrsystem Iron Dome. Auch die Merkava-Kampfpanzer werden in Israel hergestellt.

Folge: Israel ist nicht nur die einzige Nuklearmacht im Nahen Osten, die den anderen Staaten mit dem Atomtod droht. Israel ist auch weltweit der sechstgrößte Waffenexporteur. Militärgüter machen 25 Prozent seiner Exporte aus. Der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt beträgt 5,6 Prozent – weit über dem NATO-Ziel von 2 Prozent.

Israelische und deutsche Rüstungsindustrie kooperieren eng, zum Beispiel auf dem Gebiet von Kampfdrohnen oder Atom-U-Booten. Mit dem 2022 auf 100 Milliarden Euro festgelegten ›Sondervermögen‹ für die Bundeswehr werden ebenfalls israelische bewaffnete Drohnen des Typs Heron TP angeschafft.

Aber auch auf dem Gebiet der Aufstands-bekämpfung und der Überwachungstechnik kooperieren Deutschland und Israel. Die deutsche Polizei trainiert in Israel Methoden, die sie auch hierzulande bei Unruhen und Streiks anwenden kann. Es liegt deshalb auch im ureigenen Interesse der deutschen Arbeiterbewegung, diese Kooperation zu stoppen.

# DAS RECHT AUF WIDE



## **Antikolonialer Widerstand oder Terrorismus?**

Wie alle anderen Kolonialismen beruht auch der israelische auf Entrechtung und Gewalt. Wie andere Kolonialstaaten auch erzeugt dieser Zustand bei den Unterdrückten Widerstand.

Historisch entstanden so immer wieder nationale Befreiungskämpfe, die die nationale Unabhängigkeit zum Ziel hatten. Aufgrund der extremen Unterdrückung durch die Kolonisatoren griffen die national Unterdrückten zu den Waffen, um sich zu wehren – unter Führung bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Parteien, wie etwa der irische Freiheitskampf zwischen 1916 und 1922 gegen die britischen Unterdrücker unter Führung von Sinn Féin. Oder der Aufstand der algerischen Nationalen Befreiungsfront (FLN) zwischen 1954 und 1962 gegen den französischen Imperialismus. Oder der Befreiungskrieg der vietnamesischen Befreiungsfront unter Ho Tsch Minh – erst gegen Frankreich (1946 – 1954), später dann gegen die USA.

In all diesen Kriegen wurde der antikoloniale Widerstand als »terroristisch« gebrand-

# DERSTAND

markt. Manche dieser ›Terroristen‹ sind dann später, nachdem es Verhandlungen mit den Unterdrückern gegeben hat, zu Staatsmännern, zuweilen zu Friedensnobelpreisträgern geworden – wie Nelson Mandela in Südafrika oder Yasser Arafat in Palästina.

## Gibt es linke und rechte nationale Befreiungsbewegungen?

Viele Linke haben nationale Befreiungsbewegungen in der Vergangenheit danach beurteilt, welche Farbe ihre Fahne trug. So bezeichneten sich Mao Zedongs Bewegung gegen den japanischen Kolonialismus in China und der vietnamesische Widerstand gegen Frankreich und die USA als ›kommunistisch‹. Tatsächlich handelte es sich um nationalistisch orientierte Parteien, die von Intellektuellen geführt wurden und die sich auf Bauern stützten. Mao und Hồ Chí Minh genossen Massenunterstützung im eigenen Land – doch ihre Politik war nicht proletarisch, sondern arbeiterfeindlich: Sie ließen Streiks im eigenen Herrschaftsgebiet brutal unterdrücken; sie propagierten die Einheit des eigenen Volkes über alle Klassengrenzen hinweg, was in der Praxis die Unterordnung der Lohnabhängigen unter die kleinbürgerlichen Führer bedeutete.

Dennoch waren ihre Bewegungen unterstützenswert. Lenin argumentierte, nicht die Farbe der nationalen Befreiungsbewegung sei entscheidend, sondern ob sie im Kampf gegen nationale Unterdrückung das Herrschaftssystem des Imperialismus und damit den Kapitalismus insgesamt schwächt. So wurde der Osteraufstand in Dublin ge-

gen die britischen Unterdrücker von kleinbürgerlichen Nationalisten und ohne jede sozialistische Rhetorik geführt. Dennoch begrüßte Lenin den Aufstand. Zum einen schwächte der irische Aufstand Großbritannien als stärkste kriegführende Macht im Ersten Weltkrieg und setzte ein Beispiel für andere. Zum anderen betrachtete Lenin es als Voraussetzung für eine Revolution in Großbritannien, dass die britischen Arbeiterinnen und Arbeiter mit dem Nationalismus der eigenen herrschenden Klasse brechen.

## Wo liegen die Wurzeln der Hamas?

Die Hamas wird als eine irrational handelnde, antisemitische Terrororganisation dargestellt, um den brutalen Krieg Israels gegen die palästinensische Bevölkerung zu rechtfertigen. Doch mit Antisemitismus ist der Aufstieg der Hamas nicht zu erklären. Sie ist vielmehr das Produkt der israelischen Kolonialpolitik und der Politik der früher dominierenden Gruppen des antikolonialen Widerstands um die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), die schließlich mit der Unterdrückermacht zusammengearbeitet hat.

Im Dezember 1987 brach der erste allgemeine Aufstand der Bevölkerung im Westjordanland und im Gazastreifen aus – die erste Intifada. Erstmals war der Kampf gegen die Besatzung nicht auf die bewaffneten Gruppen der PLO beschränkt. Volkskomitees wurden zur Koordinierung der Proteste gegründet, Hunderttausende beteiligten sich an Demonstrationen und Blockaden. In dieser Stimmung befand die Führung der 1979 von Israel anerkannten al-Muğamma' al-Islāmī – einem Ableger der ägyptischen Muslimbruderschaft in Gaza – dass es an der Zeit für einen Strategiewechsel war. Bis dahin war ihre Politik auf die ›Islamisierung‹ der Gesellschaft

durch Bildungsarbeit und Wohltätigkeit ausgerichtet. Der inneren Befreiung durch den Glauben sollte irgendwann auch die äußere Befreiung von der Besatzung folgen. Die Organisation erkannte, dass sie jeglichen Einfluss verlieren würde, wenn sie sich nicht anpasste. So wurde ein politischer Arm gegründet – die Hamas (Harakat al-muqawama al-islamiyya, Islamische Widerstandsbewegung).

Die Hamas konnte erst nach 1993 an Unterstützung gewinnen. Die PLO handelte mit Israel eine ›Prinzipienerklärung‹ aus, die den Grundstein für die Bildung einer palästinensischen Autonomiebehörde) unter Führung der PLO legte. Zuerst traf dieser Schritt auf breite Zustimmung und viele hofften auf den Verhandlungsweg. Die Intifada wurde beendet und alle, die die Osloer Verträge als Irrweg bezeichneten, waren isoliert. Das betraf sowohl die Linke als auch die Hamas.

Aber schnell wurde deutlich, dass Israel den Siedlungsbau fortsetzte und eine Einigung nicht in Sicht war. Die Hamas, die sofort nach Beendigung der Intifada mit militärischen Aktionen gegen die Besatzungsarmee begann, erwarb sich in den besetzten Gebieten den Ruf als unbestechliche Kämpferin für die Befreiung der Palästinenserinnen und Palästinenser.

Aber das Kräfteungleichgewicht war erdrückend und so waren die Aktionen der Hamas nie mehr als ein Ausdruck der eigenen Ohnmacht. Nach der Ermordung von 29 Menschen durch einen israelischen Faschisten in einer Moschee in Hebron im Februar 1994 begann die Hamas mit Selbstmordanschlägen auf Israelis, die sie als Vergeltung bezeichnete. Angesichts der militärischen Wirkungslosigkeit und des politischen Schadens, den diese Anschläge anrichteten, erklärte die Hamas im Februar 2005, Selbstmordanschläge zu unter-

lassen, wenngleich sie die anderer Organisationen weiterhin rechtfertigte.

### **Weshalb kontrolliert die Hamas den Gazastreifen?**

In den palästinensischen Gebieten fanden im Jahr 2006 Wahlen statt. Die Hamas gewann die absolute Mehrheit in Gaza und dem Westjordanland. Dieser Erfolg beruhte sowohl auf der Korruption der PLO als auch dem Scheitern der Friedensverhandlungen – beides ließ die Zeit nach der Unterzeichnung der Osloer Verträge im Jahr 1993 offen zutage treten. Mit Israel wird es niemals eine Zweistaatenlösung geben, das war die Botschaft aus Tel Aviv. Das Vorgehen der Hamas hingegen schien von Erfolg gekrönt zu sein. Ihrer Strategie des fortgesetzten Widerstands im Gazastreifen trieb die Kosten der Besatzung so weit in die Höhe, dass die israelische Regierung die Siedler 2005 aus dem Gazastreifen abzog. Den Siedlungsbau konzentrierte sie fortan auf das Westjordanland und Jerusalem.

Doch für den Wahlsieg der Hamas im Jahre 2006 wurde die palästinensische Bevölkerung hart bestraft. Israel verhinderte, dass das neu gewählte Parlament zusammentreten konnte, und verhaftete siebzehn Abgeordnete. Ermutigt von der israelischen Regierung und den USA versuchte die von der PLO geführte Autonomiebehörde, die Strukturen der Hamas in deren Hochburg im Gazastreifen mit einem Putsch zu zerschlagen. Mit Mohammed Dahlan setzte sie einen gefürchteten Geheimpolizeichef als Gouverneur ein, der eng mit der israelischen Armee zusammenarbeitete. Die Hamas wehrte sich und ihre Milizen entwaffneten die Polizeieinheiten der Autonomiebehörde. Israels Reaktion war die Verhängung der Blockade über den Gazastreifen, die bis heute

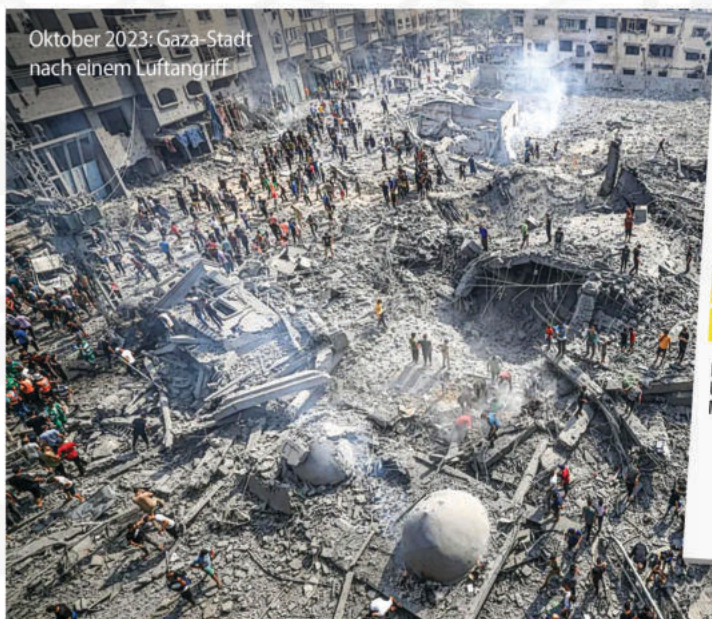
anhält und an der ägyptischen Grenze von der ägyptischen Armee durchgesetzt wird.

### Wie populär ist die Hamas in Gaza?

Die Lage in Gaza konnte die Hamas in den Jahren seit 2006 selbst an der Regierung nicht verbessern, ihre eigene Lage hingegen schon. Die Hamas-Eliten sicherten sich soziale Privilegien – wie die Funktionäre der

nung durchgesetzt. Aus diesen Gründen verloren Teile der Hamas an Unterstützung. Die Menschen hatten sie wegen ihrem Ruf als Widerstandsbewegung gewählt. Doch sie waren tief enttäuscht, als sie sich wie eine Art zweite Autonomiebehörde der PLO aufführte. Die Führung der Hamas bereicherte sich und behinderte den Widerstand. Zum Beispiel lösten Sicherheitskräfte der Hamas im November 2011 das Ju-

Oktober 2023: Gaza-Stadt  
nach einem Luftangriff



### ISRAELS APARTHEID GEGEN DIE PALÄSTINENSER\*INNEN

EIN GRAUSAMES HERRSCHAFTSSYSTEM  
UND EIN VERBRECHEN GEGEN DIE  
MENSCHLICHKEIT

AMNESTY  
INTERNATIONAL



Vom militärischen Massenmord über die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und ihrer Vertreibung bis zum Apartheidssystem – Israel provoziert den Widerstand der Palästinenserinnen und Palästinenser seit seiner Gründung.

PLO im Westjordanland. Die offiziellen Grenzen waren weitgehend dicht. Für die Abfertigung weniger ausgewählter Güter verlangte die israelische Armee hohe Gebühren. Währenddessen kontrollierte die Hamas die Tunnel nach Ägypten und erhob ihrerseits hohe Steuern auf alle Waren, die über diesen Weg nach Gaza kamen.

Proteste gegen dieses Regime wurden unbarmherzig bekämpft, Todesstrafen verhängt und eine immer rigidere Sittenord-

gungsdiskussion Sharek in Gaza mit brutaler Gewalt auf. Daraufhin veröffentlichten Jugendliche aus Gaza ihr Manifest, das mit den Worten »Fuck Israel. Fuck Hamas. Fuck Fatah« die allgemeine Wut über die politische Korruption und die israelische Besatzung ausdrückte.

Zweifelloso hat der israelische Krieg gegen Gaza seit 2023 die Popularität der Hamas wieder steigen lassen. Das zeigt, wie unsinnig die Vorstellung ist, die Hamas kön-

ne auf diese Weise »vernichtet« werden, wie Benjamin Netanyahu stets wiederholt. Und selbst wenn Hamas dauerhaft besiegt werden würde, erzeugt der Siedlerkolonialismus nur neuen Widerstand in anderer Form. Das ist die Erfahrung aller vergangenen Kolonialkriege. Nur wenn alle Palästinenserinnen und Palästinenser getötet würden, könnte Israel den Widerstand endgültig »vernichten«. Das erklärt, warum die faschistischen Minister in Netanjahus Regierung immer wieder in Auslöschungsfantasien schwelgen. In einem Radio-Interview etwa schlug Amihai Eliyahu, Minister für Kulturelles Erbe, vor, Israel könne doch eine Atombombe über dem Gazastreifen abwerfen.

### **Kann Palästina auf rein militärischem Weg befreit werden?**

Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober war der Versuch, Palästina wieder auf die Tagesordnung internationaler Politik zu setzen, die anhaltende Stärke des Widerstands zu beweisen und durch die Geiselnahme hunderter Israelis Zugeständnisse wie die Freipressung verschleppter palästinensischer Gefangener aus israelischen Gefängnissen zu erzwingen. Auch die vor dem 7. Oktober geplante Normalisierung der Beziehungen Israels mit Saudi-Arabien wird für die Wahl des Zeitpunkts ins Feld geführt. Dafür hat die Hamas, wie viele nationale Widerstandsbewegungen in der Geschichte, auch zivile Opfer in Kauf genommen.

Diese Gewalt findet seinen Ursprung im kolonialen Landraub, der immer weitere Teile der palästinensischen Bevölkerung enteignet, entwurzelt und vertreibt – ein Prozess, der noch im Gang ist und nicht nur von der israelischen Armee, sondern auch von rassistischen und bewaffneten Siedlern vorangetrieben wird.

Der Gegenschlag des israelischen Militärs fiel mit dem Dauerbombardement des besetzten Freiluftgefängnisses Gaza deutlich härter aus – was die ungleichen Machtverhältnisse zwischen dem Kolonialstaat Israel und den kolonialisierten Palästinenserinnen und Palästinensern zeigt. Anders als bei früheren Entführungen nimmt die rechte israelische Regierung unter Netanyahu auch den Tod der israelischen Geiseln in Kauf, um die Hamas zu vernichten. Dabei macht sie sich nicht die Mühe, zwischen dem militärischen Flügel der Hamas und dem Rest der Bevölkerung zu unterscheiden und nutzt die Gelegenheit, den Massenmord an den Palästinensern und ihre Aushungerung als »Verteidigung« zu rechtfertigen. Sechs Monate nach dem 7. Oktober sind über 32 000 Menschen in Gaza ermordet worden, fast die Hälfte davon Kinder. Im Ergebnis läuft dieses Massaker auf die weitere Vertreibung des palästinensischen Volkes, eine ra-



dikalisierte Fortsetzung der Nakba, hinaus. Diesen Umstand verdeutlichen auch die zahlreichen Angriffe und Morde an Hunderten Palästinenserinnen und Palästinensern im Westjordanland durch Armee und militante jüdische Siedler.

# SOLIDARITÄT MIT PALÄSTINA

## Was bedeutet bedingungslose Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf?

Die Bewegung für Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf kann sich die Bedingungen, unter denen sie arbeiten muss, leider nicht aussuchen. Wer die Form des Widerstands oder seine politische Ausrichtung zu abstrakten Fragen erhebt, macht sich zum Gefangenen der Meinungsindustrie in Deutschland. Solidarität kann nicht mit Bedingungen beginnen, die man jenen stellt, die die volle Wucht der israelischen Kriegsmaschine zu spüren bekommen. Die Kritik an der Verstrickung der Bundesregierung in den Völkermord an Palä-

stinensischen Volkes begründet. Urheber der Unterdrückung ist der zionistische Siedlerkolonialismus, der auf die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung ausgerichtet ist.

Wie andere unterdrückte Völker wehrt sich auch das palästinensische mit allen Mitteln des Widerstandes. Es hat die Erfahrung gemacht, dass Gewaltlosigkeit nicht belohnt wird. 2018 wurden friedliche Proteste am Grenzzaun von Gaza von der israelischen Armee mit Schüssen beantwortet. Dabei tötete sie laut UNO über 180 Menschen und verletzte 6100 weitere mit scharfer Munition. Nicht ein israelischer Soldat starb. Doch diese einseitige Gewalt hat zu



Tahrir-Platz, Kairo | 8. Februar 2011

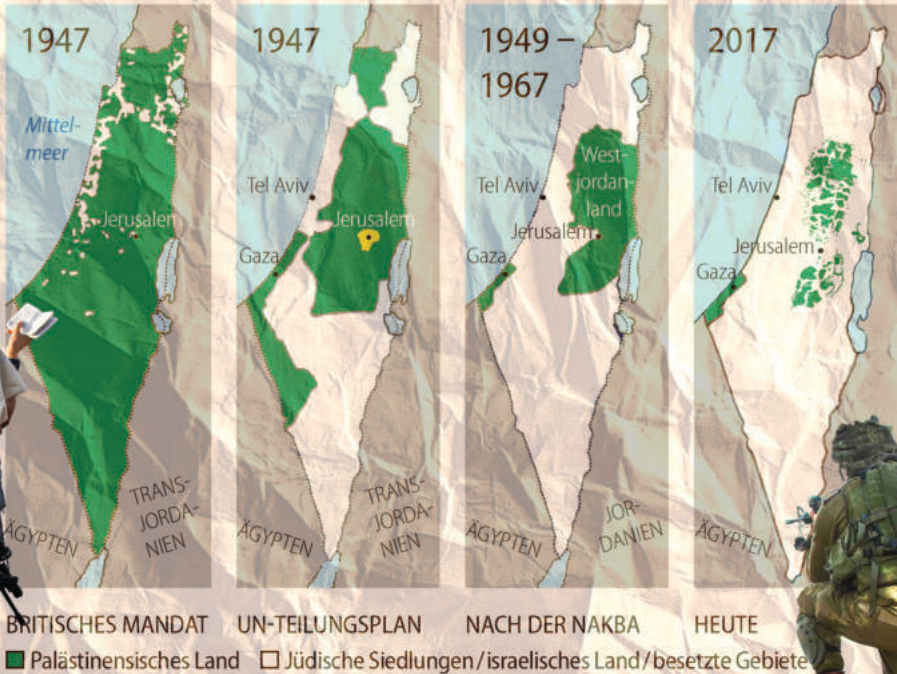
Nur ein Aufstand der arabischen Arbeiterklasse bietet eine Aussicht auf Befreiung der Palästinenserinnen und Palästinenser – wie der während des Arabischen Frühlings 2011.

tinenserinnen und Palästinensern muss Ausgangspunkt jeder Solidaritätsbewegung in Deutschland sein.

Die Ursache der Gewalt im Nahen Osten liegt in der nationalen Unterdrückung des

keinem Zeitpunkt dazu geführt, dass diejenigen, die in Deutschland heute die Gewalt der Hamas als Terror verurteilen, Israel im gleichen Maß kritisiert hätten.

## DER ZIONISTISCHE LANDRAUB



## **Bedeutet bedingungslose Solidarität eine kritiklose Befürwortung jeder Tat der palästinensischen Befreiungsbewegung?**

Nein. Solidarität mit dem Widerstand sollte nicht kritiklos sein. Die bürgerlich-nationalistische Politik der historischen wie auch gegenwärtigen Führung der palästinensischen Befreiungsbewegung, ob PLO oder Hamas, richtet sich auf die Unterstützung durch reaktionäre arabische Regime. Der einzige Weg zum Erfolg ist jedoch die Mobilisierung der arabischen Massen in Palästina wie in den arabischen Nachbarländern. Es war die zweite Intifada der palästinensischen Bevölkerung im Jahr 2000, die eine erste unabhängige Bewegung auf den Straßen Kairo gegen die Diktatur Mubaraks ermöglichte und eine Serie von Aktivitäten auslöste, die zehn Jahre später in einer Revolution in Ägypten gipfelten. Die Angriffe der Hamas am 7. Oktober 2023, die Provokation der mörderischen Kriegsmaschine der israelischen Armee und der seitdem nicht anhaltende Völkermord haben Mitleid, Wut und auch Solidarität in den arabischen Ländern neu entfacht. Auch über die Region hinaus kam es weltweit zu Massenmobilisierungen in Solidarität mit Palästina. Doch den Herrschern in Ländern wie Ägypten, Tunesien und Algerien gelang es bisher, Solidaritätsdemonstrationen entweder zu verbieten oder in kontrollierte Bahnen zu lenken.

Die Niederschlagung der Revolutionen von 2011 wirkt nach. Dass die Hamas, trotz

anfänglicher Sympathien für die Revolution in Syrien, in letzter Zeit die Beziehungen zum syrischen Diktator Bashar al Assad normalisiert hat, war ebenfalls nicht hilfreich. Sowohl die Hamas als auch die PLO vor ihr haben auf das Bündnis mit jenen arabischen Herrschern gesetzt, die weder ein Interesse an einem erfolgreichen palästinensischen Widerstand gegen Israel haben noch an unkontrollierten Massenbewegungen im eigenen Land. Ein erfolgreicher Kampf gegen das israelische Besatzungsregime setzt aber eine Kanalisierung und Radikalisierung dieser Solidarisierung von unten, die die Region durchzieht, voraus – auch und insbesondere gegen die korrupten arabischen Regime.

Doch die Politik der Hamas diskreditiert nicht den Widerstand des palästinensischen Volkes an sich. Palästinenserinnen und Palästinenser haben sich im Verlauf der Geschichte immer wieder gegen ihre Unterdrückung erhoben – sei es die durch die Kolonialmächte oder die eigene herrschende Klasse, die sehr oft als Handlanger der Kolonialherren fungiert. Den Palästinenserinnen und Palästinensern gebührt Solidarität, unabhängig von der Führung, die sie gewählt oder die ihnen die Umstände aufgezwungen haben.

Hier ist es die Aufgabe von Revolutionärinnen und Revolutionären, an die lange Tradition des Internationalismus von unten anzuknüpfen, und Menschen in Deutschland für eine revolutionär-sozialistische Perspektive für die Befreiung Palästinas zu gewinnen.

# STRATEGIE UND TAKTIK DER BEWEGUNG FÜR PALÄSTINASOLIDARITÄT IN DEUTSCHLAND

## Warum brauchen wir in Deutschland eine ›Einheitsfront‹ in der Palästina-solidaritätsarbeit?

Die Bildung einer ›Einheitsfront‹ ist eine Taktik, die seit über hundert Jahren von revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten angewandt wird. Sie wurde entwickelt, um der Minderheitenposition Rechnung zu tragen, in der sich Revolutionäre nach dem Ersten Weltkrieg mit der Spaltung der Arbeiterbewegung in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Flügel befanden.

Die Taktik der Einheitsfront betont, dass revolutionäre und reformistische Kräfte unabhängig von bestehenden Differenzen an einzelnen Punkten zusammenarbeiten können und sollten. Ein klassisches und leicht nachvollziehbares Beispiel ist der Kampf gegen den Faschismus. Vor 1933 haben sich die kommunistische KPD und die sozialdemokratische SPD bis aufs Messer bekämpft. Nach 1933 sind sie gemeinsam in den Lagern der Nazis umgekommen. Es wäre besser gewesen, hätten sie zuvor gegen die Nazis auf der Straße zusammengestanden und ihre sonstigen Differenzen an anderer Stelle ausdiskutiert.

Dieselbe Einstellung zur Einheitsfront ist auch heute in der Palästina-Solidaritätsarbeit geboten. Der Krieg der israelischen

Armee gegen die palästinensische Bevölkerung macht vor niemandem halt, weder vor muslimischen noch vor christlichen Palästinensern, weder vor Hamas-Mitgliedern noch vor palästinensischen Kommunisten. Zugleich wird jede Form der Solidarität mit Palästina in Deutschland durch die Bunderegierung und die Medien unterschiedslos als ›antisemitisch‹ oder ›Terrorunterstützung‹ verunglimpft.

Angesichts dieser repressiven Front ist es zweitrangig, wo man in anderen Fragen steht. Es gibt heute jene, die sich für Palästina engagieren, aber in der syrischen Revolution 2011 – 2013 auf unterschiedlichen Seiten standen. Es gibt jene, die für eine Einstaatenlösung auf revolutionärer Grundlage eintreten, während andere weiterhin auf diplomatische Verhandlungen setzen.

Diese Differenzen sind wichtig und dürfen nicht bagatellisiert werden. Aber man muss verstehen, sie am richtigen Ort ausdiskutieren. Um eine größtmögliche Bewegung in Solidarität mit Palästina auf die Straße und in die Veranstaltungssäle zu bringen, ist es wichtig, keine Hürden auf dem Weg zur Mobilisierung aufzubauen. Es geht darum, sich auf einheitliche Grundforderungen zu einigen, zum Beispiel gegen deutsche Waffenlieferungen an Israel oder nach einem sofortigen Waffenstillstand.

Nicht hilfreich ist es, jene zurückzuweisen, die sich auf halbem Weg befinden. Wenn jemand aus humanitären Impulsen die Organisation einer Demonstration für Palästina unterstützt, aber Hamas und die israelische Armee gleichsetzt, dann sollte das kein Hinderungsgrund für eine gemeinsame Aktion im Interesse der Solidarität mit der notleidenden palästinensischen Bevölkerung sein. Wir müssen jede Möglichkeit nutzen, die sich bietet, um in die Front der Kriegstreiber und Waffenlieferanten eine Bresche zu schlagen.

Denn eine Zusammenarbeit in einer Einheitsfront bedeutet nicht, dass wir unsere Differenzen mit dem gemeinsamen Nenner der Einheitsfront (z.B. Stopp des Genozids und der Waffenlieferungen) leugnen oder vertuschen würden. Es gibt viele Differenzen. Deswegen: Über die Grundsätze der Einheitsfront hinaus präsentieren wir in unserer Propaganda, in unseren Reden, Flyern, Zeitungen und Online klar und deutlich, was unsere Positionen sind. Wir scheuen uns auch nicht, die Positionen anderer Gruppen in der Einheitsfront klar zu kritisieren – sei es zur Notwendigkeit der Einstaatenlösung, zum Internationalismus oder zur bedingungslosen Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf. »Einheit der Aktion, Freiheit der Propaganda« muss die Losung heißen. Anstatt den überlegenen Lehrer von der Seitenlinie zu spielen, können wir nur so durch eine breite Einheitsfront inhaltlich in die Diskussionen innerhalb der Palästina-Solidaritätsbewegung intervenieren und darüber hinaus eine vereinte Stimme in der Öffentlichkeit präsentieren.

Ziel muss sein, jetzt so viele Menschen wie möglich mit pro-palästinensischen Inhalten zu erreichen, denn die deutsche Kriegspropaganda verzerrt nicht nur Tat-

sachen, sondern verbreitet eine Erzählung, die einen Völkermord rechtfertigt. Wir sagen im Sinne Karl Liebknechts: »Der Hauptfeind steht im eigenen Land«. Sprich: Für uns in Deutschland ist die deutsche herrschende Klasse der eigentliche Gegner, den wir hier bekämpfen können und müssen. Der deutsche Staat unterstützt den israelischen Staat militärisch, politisch und ideologisch. Der deutsche Staat liefert Waffen im Wert von Millionen Euro an Israel. Und es ist der deutsche Staat, der die Palästinasolidarität in Deutschland kriminalisiert und unterdrückt. Eine breite Einheitsfront dagegen kann die herrschende Klasse in Deutschland und somit auch den israelischen Staat schwächen.



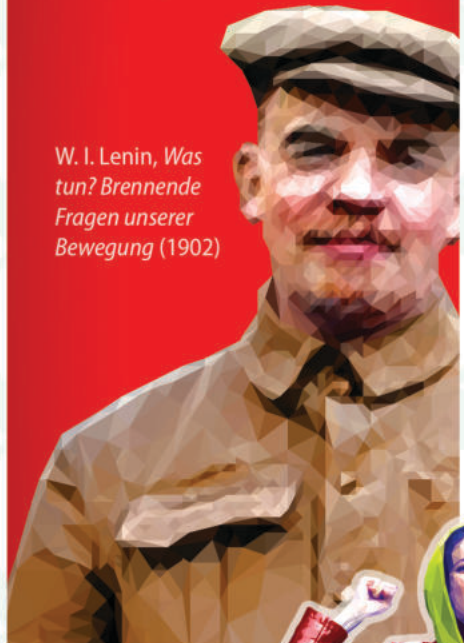
### Die Notwendigkeit der revolutionären Organisation

Der aktuelle Krieg gegen Gaza ist nicht der erste Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung. Und er ist auch nicht das Ende ihres Leidenswegs. Denn die Ursache des Konflikts liegt in einem kapitalistischen System, das Rassismus und Kolonialismus hervorbringt, und in dem die Konkurrenz aller gegen alle am Ende stets mit Waffengewalt ausgefochten wird.

In Palästina, in arabischen Ländern wie auch in Deutschland braucht es eine revolutionäre Organisation, die diejenigen zusammenschließt, die diesen inneren Zusammenhang verstehen und auf dieser Grundlage den Widerstand gegen all seine Ausdrucksformen organisieren. Eine solche Organisation kann nur eine revolutionäre Partei sein, die sich auf die Interessen der arbeitenden Klasse stützt und Unterdrückung, ganz gleich in welcher Form, den Kampf ansagt. Die Revolutionäre Linke hat sich den Aufbau einer solchen Partei zum Ziel gesetzt und lädt alle, die revolutionäre Schlussfolgerungen aus dem Kampf für ein freies Palästina ziehen, ein, dabei mitzuhelfen.

» Man kann nicht genug betonen, dass das Ideal eines Sozialisten nicht der Gewerkschaftssekretär, sondern der Volkstribun sein muss, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen.«

W. I. Lenin, *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung* (1902)



# UNSERE POLITISCHEN GRUNDSÄTZE

**1.** Der Kapitalismus ist ein System der Klassenherrschaft, das auf der Ausbeutung der arbeitenden Klasse beruht. Die arbeitende Klasse definieren wir als die Masse aller Lohnabhängigen. Sie umfasst alle Personen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben.

**2.** Diese Klasse der Lohnabhängigen teilt ein gemeinsames Interesse gegenüber der kapitalistischen Klasse, die mittels ihrer Verfügungsgewalt über Werkstätten, Maschinen, Immobilien oder anderer Formen des Kapitals Profit aus der Ausbeutung der lebendigen Arbeit anderer gewinnt.

**3.** Die Klassenteilung führt zum Klassenkampf, der allein die Lage der Lohnabhängigen grundlegend verändern kann. Ihre Befreiung kann nicht stellvertretend durch eine Minderheit gebracht werden, sondern muss das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

**4.** Der Kapitalismus basiert auf Profitmaximierung. Alle Entscheidungen im wirtschaftlichen wie politischen Leben sind diesem Motiv untergeordnet. Das Profitmotiv und die allseitige Konkurrenz der kapitalistischen Unternehmen untereinander zerstören die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit und bedrohen ihr Überleben. Der Klimawandel ist ein Produkt des industriellen Kapitalismus. Er lässt sich auf marktwirtschaftlichem Wege nicht aufhalten.

**5.** Die Kontrolle des erwirtschafteten Reichtums und der Produktionsmittel durch die arbeitende Mehrheit selbst und die Beendigung der Ausbeutung durch die kapitalistische Klasse ist im Interesse aller Lohnabhängigen. Sie ist die Voraussetzung für eine freie Gesellschaft, die nicht auf Klassenteilung und Ausbeutung beruht. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse sowie der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit die Entscheidungen in Wirtschaft und Politik leiten.

**6.** Die kapitalistische Klasse herrscht nicht nur ökonomisch am Arbeitsplatz, sondern auch politisch durch ihre Unterdrückungsorgane. Der Staatsapparat ist ein Instrument in den Händen der kapitalistischen Klasse. Sie zögert nicht, mittels Justiz, Polizei oder Armee ernsthafte Bedrohungen ihrer Herrschaft zu zer schlagen. Diese Instrumente unterliegen im Kapitalismus keinen demokratischen Wahlen. Also lässt sich die wirtschaftliche Macht der herrschenden Klasse nicht abwählen.

Deshalb kann der Kapitalismus nicht auf friedlichem Weg durch schrittweise Reformen oder Gesetzgebung überwunden, sondern muss auf revolutionärem Weg gestürzt werden.

**7.** Als internationale Klasse hat die arbeitende Klasse das Potenzial, die nationalstaatlichen Grenzen zu durchbrechen. Der Sozialismus kann nicht isoliert in einem Land aufgebaut werden. Die Revolution muss sich international ausbreiten, wenn sie erfolgreich sein soll.

**8.** Zur Sicherung der sozialistischen Revolution ist ein völlig anderer Staat notwendig, ein Staat auf Basis von Arbeiterräten. Solche Organe der demokratischen Herrschaft von unten auf betrieblicher Basis sind in allen großen sozialen Revolutionen seit Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden.

**9.** Historisch unterscheidet sich die Arbeiterklasse von allen anderen ausgebeuteten Klassen der dadurch, dass sie sich nur kollektiv befreien kann und als einzige Klasse die Macht hat, die Herrschaft des Kapitalismus zu beenden. Eine sozialistische Gesellschaft entsteht nicht als Folge eines guten Programms. Sie kann nur aus den bestehenden Klassenkämpfen erwachsen.

**10.** Deshalb arbeiten wir in den Massenorganisationen der Lohnabhängigen, insbesondere den Gewerkschaften. Die gewerkschaftliche Organisation ist der erste Schritt zur Selbstorganisation als Klasse. Doch die gewerkschaftlichen Apparate können nicht Ausgangspunkt sozialistischer Aktivität in den Betrieben sein. In den Gewerkschaften wirken wir an der Basis, um eine klassenkampforientierte Praxis zu unterstützen und die klassenbewusstesten Teile in den Betrieben in einer politischen, revolutionären Organisation zu vereinen.

**11.** Im Kampf um die Einheit der Klasse wenden wir uns gegen jede Form rassistischer, sexistischer oder anderer Diskriminierung.

**12.** Wir treten für Religionsfreiheit ein. Religiöse Minderheiten müssen das Recht auf freie Ausübung ihres Glaubens haben.

**13.** Faschistische Parteien wie die AfD zielen auf die Errichtung eines Terrorregimes ab, das alle bürgerlichen Freiheiten und die organisatorische Unabhängigkeit der arbeitenden Klasse beseitigt. Der Kampf zur Zurückdrängung dieser Parteien erfordert eine besondere Anstrengung der revolutionären Linken, im Bündnis mit anderen antifaschistischen Kräften.

**14.** Der Kampf gegen die ökonomische Ausbeutung der Lohnabhängigen und die von Minderheiten stehen in einem inneren Zusammenhang. Wir stehen solidarisch an der Seite von Unterdrückten im Kampf gegen ihre Unterdrückung und betonen dabei stets die Notwendigkeit einer gemeinsamen sozialistischen Alternative.

**15.** Der Kampf für die umfassende Gleichstellung der Geschlechter ist ein wichtiger Bestandteil des Widerstands gegen den Kapitalismus, der erzielte Fortschritte immer wieder in Frage stellt. Im Kampf um eine klassenlose Gesellschaft muss jede Form der geschlechtsbezogenen Benachteiligung aufgehoben werden.

**16.** Die stalinistischen Regime, die im 20. Jahrhundert erst in Russland und dann in Ost-europa sowie China entstanden sind, waren nur dem Namen nach sozialistisch. Tatsächlich handelte es sich um staatskapitalistische Regime. Eine bürokratische Klasse kontrollierte den Staatsapparat und beutete die Lohnabhängigen aus. Weder in China, noch in Nordkorea oder auf Kuba existieren heute klassenlose Gesellschaften, auch wenn die herrschenden Parteien dort den Begriff »Kommunismus« im Namen tragen.

**17.** Der Konkurrenzkampf der nationalstaatlich organisierten kapitalistischen Klassen zu einem gigantischen Rüstungswettlauf und immer neuen Kriegen. International dominieren einige wenige imperialistische Mächte, die um Märkte, Ressourcen und Einfluss streiten. Wir treten in diesen Konflikten für die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse in den kriegführenden Staaten und gegen jede Form des Nationalismus imperialistischer Staaten ein. Wir unterstützen Kämpfe gegen nationale Unterdrückung, wie zum Beispiel im Kampf für die Befreiung Palästinas.

**18.** Unser Feind, die kapitalistische Klasse, agiert in koordinierter Weise. Der Kapitalismus kann daher nur mittels zentralisierter organisierter Gegenmacht von unten geschlagen werden. Es gab und gibt viele Revolutionen, aber die meisten scheiterten am Mangel an Klarheit und Organisation auf Seiten der revolutionären Mehrheit.

**19.** Unser Ziel ist es, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die die klassenbewusstesten Teile vereint, um in den entscheidenden Kämpfen über die Voraussetzung für einen Erfolg zu verfügen.

**Wir fordern alle auf, sich der Organisation der Revolutionären Linken anzuschließen, die unsere politischen Grundsätze teilen und bereit sind, aktiv am Kampf für den Sozialismus teilzunehmen.**

AMINA GAMAL | YAHYA ABU NIDAL

# SOLIDARITÄT MIT PALÄSTINA EINE EINFÜHRUNG

**D**er israelische Kolonialstaat und sein Apartheidsregime werden zur »einzigen Demokratie im Nahen Osten« verklärt, der Existenzkampf der Palästinenser und ihr Widerstand als »Terrorismus« veräußert. Mit dieser Broschüre wollen wir den so genannten »Nahostkonflikt«, seine Ursachen, sein Verhältnis zum Imperialismus und den nationalen Befreiungskampf der Palästinenserinnen und Palästinenser Einsteigern ins Thema näher bringen.

REVOLUTIONÄRE  
LINKE €2,-

